
Offener Brief der Evangelischen Kirchengemeinde Werl

Aufforderung an die Stadt Werl zum Beitritt der Initiative Seebrücke „Schafft Sichere Häfen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Großmann,

einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten fordern mittlerweile 69 Städte und Gemeinden in ganz Deutschland, die sich seit dem Sommer 2018 offiziell zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben. Sie solidarisieren sich mit der Initiative „Seebrücke“. Dabei bekunden sie öffentlich und mit Nachdruck ihre Bereitschaft, aus Seenot gerettete Menschen in ihren Städten und Gemeinden zusätzlich aufzunehmen. Am 03.06.2019 ist es aus dieser Initiative heraus zur sogenannten Potsdamer Erklärung gekommen, mit der Aufforderung der Kommunen an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Geflüchteten einzusetzen und der Bereitschaft, über den rechtlichen Verteilschlüssel hinaus Flüchtlinge aufzunehmen – als Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit!

Durch die Zuspitzung der Ereignisse auf der „Seawatch 3“ haben von 69 Städten der Seebrücke 13 Städte am 14.06.2019 ein konkretes Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ gebildet und in einem offenen Brief vom 21.06.2019 an Bundesinnenminister Seehofer gefordert, sich gegenüber den italienischen Behörden zu erklären und die sofortige Aufnahmebereitschaft der 13 Städte bekundet.

Mitglieder des Presbyteriums und der Evangelischen Kirchengemeinde Werl haben an den verschiedensten Aktionen während des Kirchentages in Dortmund teilgenommen; beispielhaft sei die Aktion „JEDER MENSCH HAT EINEN NAMEN“ erwähnt, die an alle Menschen, die auf der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen sind, erinnert. Im Rahmen dieser Aktion wurden die Namen tausender Menschen auf große Transparente geschrieben – als Mahnung und Aufforderung, sich für die Wahrung der Menschenrechte und gegen das Sterben im Mittelmeer einzusetzen. Zum Abschluss der Aktion wurden die Transparente am Turm der Reinoldikirche aufgehängt. Nicht alle Namen der fast 36.000 Toten sind bekannt, manchmal nur das bloße Ereignis, ein Zeitpunkt oder die vermutliche Herkunft der Geflüchteten.

Die Evangelische Kirche in Deutschland fordert, dass Europa das Sterben im Mittelmeer beenden muss. Nicht irgendwann, sondern in diesem Jahr 2019. Es wird ein europaweiter Verteilmechanismus für die aus Seenot Geretteten als politische Notlösung gefordert. Die große Hilfsbereitschaft von Städten, Kommunen und Bürgern muss endlich voll genutzt werden! Hierfür haben sich insbesondere der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm und Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando in einer gemeinsamen Erklärung ausgesprochen. Das wurde durch eine Podiumsdiskussion während des Kirchentages nochmals bekräftigt.

Paul-Gerhardt-Str. 15 · 59457 Werl

■ Gemeindebüro: Paul-Gerhardt-Str. 15a
fon: 0 29 22 / 910 97 70 • fax: 0 29 22 / 86 53 97 • e-mail: buero@ev-kirche-werl.de

■ Evangelischer Martini-Kindergarten Paul-Gerhardt-Straße 15
fon/fax: 0 29 22 / 910 97 58 • e-mail: martinikiga@ev-kirche-werl.de

■ Jugendkirche Ense-Werl: Paul-Gerhardt-Straße 15 a
fon: 0 29 22 / 8 38 26 • fax: 0 29 22 / 86 64 07
e-mail: info@jugendkirche-ense-werl.de

Pfarrbezirke:

■ 1: Pfarrer Christoph Lichterfeld • Gartenweg 5
fon: 0 29 22 / 910 97 71 • fax: 0 29 22 / 91 21 03 • e-mail: lichterfeld@ev-kirche-werl.de
■ 2: Pfarrerin Dagmar Zitzmann-Rausch • Paul-Gerhardt-Str. 15
fon: 0 29 22 / 910 97 72 • e-mail: zitzmann-rausch@ev-kirche-werl.de
■ 3: Pfarrer Lutz Wulfestieg • Haus Lohe 1
fon: 0 29 22 / 910 97 73 • e-mail: wulfestieg@ev-kirche-werl.de
■ Pfarrer Norbert Ziegler • Walburgisstr. 1
fon: 0 29 22 / 910 97 74 • e-mail: ziegler@ev-kirche-werl.de

Das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Werl hat in seiner Sitzung am 08.07.2019 einstimmig beschlossen, die Stadt Werl aufzufordern, dass die Stadt Werl sich zum „Sicheren Hafen“ im Sinne der SEEBRÜCKE erklärt.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss.

Daher fordern wir unsere Stadt Werl auf, sich zum „Sicheren Hafen“ zu erklären. Zu einem Sicheren Hafen gehört, dass die Stadt Werl sich wie folgt erklärt:

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

Die Stadt Werl erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Die Stadt Werl positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt diese aktiv durch Übernahme von Patenschaften und/oder die finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Stadt Werl stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher:

Die Stadt Werl erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich einem Relocation-Programm, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land Nordrhein - Westfalen hergestellt.

4. Aufnahmeprogramme unterstützen

Die Stadt Werl setzt sich gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer Unterbringungsmöglichkeiten bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein und bietet dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an:

- Die Stadt Werl fordert die Regierung des Landes Nordrhein - Westfalen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Die Stadt Werl fordert die Regierung des Landes Nordrhein - Westfalen und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden, dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

- Die Stadt Werl erklärt sich dem Land Nordrhein - Westfalen und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- Zudem setzt sich die Stadt Werl über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.
- Die Stadt Werl fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG durch die Länder.

5. Kommunales Ankommen gewährleisten

Die Stadt Werl sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung gestellt werden.

6. Nationale und europäische Vernetzung

Die Stadt Werl setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein.

7. Bündnis Sichere Häfen

Die Stadt Werl beteiligt sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

8. Transparenz

Die Stadt Werl veröffentlicht alle unternommenen Handlungen mit denen Werl zu einem „Sicheren Hafen“ wird.

Die Evangelische Kirchengemeinde Werl fordert die kommunalpolitisch Verantwortlichen auf, sich während der nächsten Ratssitzung mit dem Thema auseinanderzusetzen und das Möglichste zu tun, die Stadt Werl zu einem „Sicheren Hafen“ ,im Sinne der SEEBRÜCKE, für Flüchtlinge zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

